

---



---

## Taiwan

---



---

### 40 Expräsident Li Teng-hui besucht Japan

Einigen publizistischen und politischen Staub wirbelten im April die Reisepläne eines Privatmanns auf. Das Ereignis, an sich unbedeutend, war symbolbehaftet und zog diplomatische Verwicklungen nach sich: Taiwans Expräsident Li Teng-hui (Li Denghui) wollte zu einer medizinischen Untersuchung nach Japan und brachte die japanische Regierung damit in Schwierigkeiten, opponiert die Beijinger Regierung doch vehement gegen alle Auslandsreisen des ihr besonders verhassten Politikers. Am Ende erhielt der 78-jährige Li das beantragte Visum.

Zuvor allerdings hatte Japan den heiklen Besucher möglichst fern halten wollen. Ein Kabinettsprecher hatte zunächst rundheraus erklärt, es liege kein Visumantrag vor und ein Japanbesuch Lis käme auch nicht in Frage. Die taiwanische Regierung protestierte und betonte, dass Li nicht mehr politisch aktiv sei und das Recht auf ein Besuchsvisum habe. (Kyodo News Service, nach BBC PF, 11.3.01) Die japanische Presse unterstützte diese Auffassung. Die Zeitung *Sankei Shimbun* erinnerte die Tokioter Regierung daran, dass Japan international an Glaubwürdigkeit einbüße, falls sie sich in dieser Sache auswärtigem Druck – also der Beijinger Regierung – beuge. (CNAT, nach BBC PF, 12.4.01) An die dreißig japanische Parlamentsabgeordnete aus allen Parteien wurden bei Premierminister Yoshiro Mori vorstellig, um Lis Visumantrag zu unterstützen. (*China Times*, nach TH, 13.4.01) Zu dieser Zeit, zwei Tage nach der Antragstellung, bestritt Japans Außenminister Kono nach wie vor, dass ein Visumantrag vorliege, obwohl ein Stellvertreter einen Tag zuvor den Eingang des Antrags bereits bestätigt hatte; Kono bot als Ausweg an, Japan könne den Arzt, den Li konsultieren möchte, eventuell nach Taiwan schicken. Taiwans Außenminister Tien Hung-mao (Tian Hongmao) hatte Lis Reiseplan inzwischen zu einem

nationalen Anliegen erklärt. (Kyodo News Service, nach BBC PF, 13.4.01)

Expräsident Li ging nun mit einer Pressekonferenz – der ersten seit seinem Rückzug aus der Politik – an die Öffentlichkeit, bestätigte, dass die Gesundheitsgründe nicht vorgeschoben, sondern echt seien und beschuldigte Tokio, es sei furchtsamer als eine Maus. (Kyodo News Service, nach BBC PF, 15.4.01; CNAT, nach BBC PF, 16.4.01; TT, 16.4.01)

Am 20. April schließlich, zwei Tage vor Reisebeginn, erhielt Li das gewünschte Einreisedokument, verbunden mit der Auflage, sich während des Aufenthalts jeglicher politischer Aktivitäten zu enthalten. (TT, 21.4.01) Während seines anschließenden fünftägigen Japanaufenthalts hielt Li sich mit politischen Äußerungen denn auch erkennbar zurück. Die vorangegangenen Auseinandersetzungen allerdings verliehen dem Besuch gleichwohl einen politischen Charakter. Die bloße Tatsache, dass er sich in Japan aufhalten konnte, nutzten seine zahlreichen Anhänger zu eindeutigen Sympathiekundgebungen. Die taiwanische Regierung äußerte ihre Genugtuung. (CNAT, nach BBC PF, 21.4.01; TT, 24.4.01) -hws-

### 41 USA liefern Rüstungsgüter

In Zeiten erhöhter Spannungen mit China wegen des auf Hainan notgelandeten US-Spionageflugzeugs beschloss die Bush-Administration, Taiwan einen Teil seiner Rüstungswünsche zu erfüllen. Involviert ist dabei jedoch auch Deutschland.

In der zweiten Aprilhälfte fanden in Washington D.C. die jährlichen Verhandlungen zwischen Taiwan und den Vereinigten Staaten über Waffenlieferungen an die Inselrepublik statt. Angesichts der wachsenden Bedrohung durch Raketen, die China an der Taiwan gegenüberliegenden Küste aufstellt, hoffte Taiwan vor allem, die USA könnten sich dazu entschließen, mit dem hochmodernen Aegis-Radarsystem bestückte Zerstörer der Arleigh-Burke-Klasse zu liefern. Auch moderne Diesel-U-Boote standen weit oben auf der taiwanischen Wunschliste. (CNAT, nach BBC PF, 20.4.01)

Die USA lehnten es jedoch nach wie vor ab, Taiwan mit dem Aegis-System auszustatten und boten statt der Arleigh-Burke-Schiffe vier Zerstörer der Kidd-Klasse an. Liefern möchten die USA auch acht der gewünschten U-Boote. Diese müssten die USA in wesentlichen Teilen aus Deutschland oder den Niederlanden beziehen. Mindestens Deutschland lehnt eine solche Lieferung jedoch definitiv ab. Ob ein Erwerb der 20 Jahre alten Kidd-Zerstörer überhaupt sinnvoll ist, ist in Taiwan nicht unumstritten; das taiwanische Verteidigungsministerium kündigte an, eine Entscheidung hierüber bis Ende Juli zu treffen. Zusammen mit anderen Waffenlieferungen beließen sich die Kosten für Taiwan auf insgesamt 4 Mrd. US\$, die größte Summe seit 1992. (CNAT, nach BBC PF, 24.4., 25.4. und 26.4.01; Xinhua, nach BBC PF, 24.4.01)

Die taiwanische Regierung begrüßte den Beschluss, auch wenn er hinsichtlich des Aegis-Systems hinter den Erwartungen zurück blieb. Da in den USA die Überzeugung besteht, dass Taiwan das hochkomplexe Aegis-System aus personellen und technischen Gründen derzeit nicht betreiben könnte, war mit einer Zustimmung der USA in diesem Punkt ohnehin nicht ernsthaft gerechnet worden. Wichtiger scheint zu sein, dass die USA technische Hilfe beim Ausbau des Antiraketensystems vom Typ Patriot zugesagt hat. (TT, 25.4.01; SCMP, 25.4.01; NZZ, 3.5.01)

Insgesamt tragen die neuen Waffenlieferungen, so weit sie realisiert werden, zwar zur Stärkung von Taiwans Verteidigungskraft gegenüber dem großen Nachbarn China bei, dennoch dürfte der politische Aspekt des Geschäfts einstweilen schwerer wiegen als der militärische: Die Bush-Regierung unterstreicht damit ihre explizit geäußerte Entschlossenheit, Taiwan vor einer Situation der Erpressbarkeit zu bewahren. -hws-

### 42 Deutsche Parlamentarierdelegation auf Besuch in Taipei

Ende April hielt sich eine Delegation des Deutschen Bundestages unter Leitung von Bundestagsvizepräsident Hermann Otto Solms (FDP) zu politischen Gesprächen in Taiwan auf.

Als weiteres Mitglied der Gruppe wurde Klaus Bühler (CDU), Vorsitzender des „Parlamentarischen Freundeskreises Bonn [sic] – Taipei“, genannt.

Die Delegation traf während ihres sechstägigen Aufenthalts sowohl mit Premierminister Chang Chun-hsiung (Zhang Junxiong) als auch mit Präsident Chen Shui-bian zusammen. Themen waren unter anderem die neueren amerikanischen Waffenlieferungszusagen. Solms versprach, sich bei der Bundesregierung für eine Unterstützung der Waffenlieferungen – hier offenbar speziell der mit deutscher Hilfe zu bauenden U-Boote – einsetzen zu wollen. Ein weiteres Thema war die Wiederbelebung der vor drei Jahren ausgesetzten deutsch-taiwanischen Wirtschaftsministertreffen.

Ende April traf mit Carl-Dieter Spranger, Stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, ein weiterer deutscher Parlamentarier zu politischen Gesprächen in Taipei ein. (CNAT, nach BBC PF, 25.4., 29.4.01) -hws-

### 43 Dalai Lama besucht Taiwan

Am 31. März kam der Dalai Lama zu einem zehntägigen Besuch nach Taiwan. Es war sein zweiter Besuch in der Inselrepublik; der erste fand 1997 statt. (Vgl. C.a., 1997/3, Ü 27)

Der Dalai Lama kam als Gast der Buddhistenvereinigung der Republik China; als Zweck des Besuches wurde „religiöser und kultureller Austausch“ genannt. Tatsächlich eignete der Angelegenheit unausweichlich auch eine politische Dimension, dies vor allem in Augen der Beijinger Regierung, die sowohl der taiwanischen Regierung wie auch der exiltibetischen Regierung des Separatismus beschuldigt. Der Dalai Lama, der sich als höchste staatliche und religiöse Autorität Tibets einer chinesischen Militärintervention in seiner Heimat 1959 durch Flucht entzog, erklärte in Taiwan allerdings zum wiederholten Male, dass er für seine Heimat keine Unabhängigkeit von China, sondern lediglich interne Autonomie anstrebe.

Auch für Taiwan hat der Besuch des Dalai Lama eine spezielle Note, da die „Republik China“ – so die offizielle Staatsbezeichnung – ebenso wie

die Volksrepublik China Tibet als Teil Chinas ansieht. Die Beziehungen zwischen dem quasiministeriellen Ausschuss für mongolische und tibetische Angelegenheiten und der tibetischen Exilregierung im indischen Dharamsala sind daher nicht gänzlich ungetrübt. Der Ausschussvorsitzende Hsu Cheng-kuang (Xu Zhengguang) gestand „Missverständnisse“ ein und erklärte, die Kontakte zur tibetischen Exilregierung „aus humanitären Gründen“ verstärken zu wollen. Ein Problem sind in erster Linie Tibeter, die sich illegal in Taiwan aufhalten. Ihre Zahl wird auf über 100, womöglich auch über 125 geschätzt. Insgesamt leben über 1.000 Tibeter in Taiwan, davon sind 400 Mönche.

Wie schon 1997 wurde der Dalai Lama auch diesmal von den höchsten Repräsentanten des Staates empfangen, darunter Präsident Chen Shui-bian und Vizepräsidentin Annette Lü. Zudem hielt er eine Ansprache im Legislativ-Yuan, dem Parlament, und traf sich mit den Vorsitzenden der Oppositionsparteien KMT, Lien Chan (Lian Zhan), und der PFP, James Song (Song Chuyu), sowie mit den Bürgermeistern von Taipei und Kaohsiung, ferner mit Expräsident Li Teng-hui (Lee Denghui). Im Mittelpunkt des Programms stand jedoch eine Reihe öffentlicher religiöser Veranstaltungen mit Zehntausenden von Teilnehmern, darunter ein ökumenisches Gebet. Der Besucher verabschiedete sich mit einer 100.000-US\$-Spende für den Wiederaufbau nach dem Erdbeben vom September 1999. (CNAT, nach BBC PF, 1.4.-6.4.01 und 9.4.01; SCMP, 3.4.01, 7.4.01; TT, 8.4.01)

Präsident und religiöser Führer betonten zwar den gemeinsamen Nenner, der sie verbindet, nämlich Selbstbestimmung und Demokratie, dennoch bemühten sich beide Seiten erkennbar, China nicht unnötig zu provozieren. Dem entsprach, dass kaum Pressekonferenzen gegeben wurden. Rücksichtnahme auf Beijing war schon letztes Jahr das maßgebende Motiv gewesen, als der Dalai Lama eine Einladung ablehnte, bei Chen Shui-bians Amtseinführung zugegen zu sein, und stattdessen eine Delegation schickte. Erwartungsgemäß blieben die üblichen gehässigen Kommentare in der festlandchinesischen Presse aber auch dieses

Mal nicht aus. (ZXS, nach BBC PF, 1.4.01)

Bereits am 26. April erschien eine siebenköpfige taiwanische Delegation unter Leitung eines Abgeordneten der Regierungspartei DPP in Dharamsala zu einem Gegenbesuch und stiftete Computer für eine tibetische Schule. (CNAT, nach BBC PF, 1.5.01) -hws-

### 44 USA sehen fortdauernde Korruption als Handelshemmnis

Ein Bericht der amerikanischen Handelskammer wies Anfang Mai auf bestehende Handelshemmnisse in Taiwan hin und nannte dabei in erster Linie fortdauernde Korruption in der staatlichen Verwaltung. Zwar wurde zugestanden, dass Präsident Chen Shui-bians Antikorruptionsfeldzug zu vielen Festnahmen und einigen Verurteilungen geführt habe, ein „Systemwandel“ sei jedoch nicht festzustellen. Das geschäftliche Umfeld sei durch Schmiergeldzahlungen nach wie vor negativ geprägt.

Die Vorwürfe mögen auf den ersten Blick unfair erscheinen, da der DPP-Regierung der in Jahrzehnten der KMT-Herrschaft gewachsene politische Filz am wenigsten anzulasten ist und vielfach erst jetzt zutage tritt, da damit aufgeräumt wird. Dennoch warnten kritische Stimmen in Taiwan die Regierung davor, die Vorwürfe leichtfertig als „Missverständnisse“ abzutun. Die Verquickung der Politik mit organisierter Kriminalität sei viel gravierender als bislang angenommen. Tatsächlich sind auch die jetzige Regierung und die sie tragende Partei DPP in Affären verwickelt. So soll es Anfang April bei Vorwahlen der DPP für die auf Anfang Dezember terminierten Parlamentswahlen erneut zu Stimmenkauf gekommen sein; zudem sind ein Vizeminister sowie ein Minister ohne Portfolio in einen weit reichenden Skandal um das private Jin-Wen-Technologieinstitut verwickelt und traten deswegen Anfang April von ihren Posten zurück, betonten allerdings, sie hätten sich keine Vorteilsnahme zuschulden kommen lassen.

Im Zentrum des Interesses steht dabei wieder bzw. noch die einst allmächtige Nationale Volkspartei KMT. Auch

der Jin-Wen-Skandal, in dem es unter anderem um Immobilienkäufe weit unterhalb des Marktpreises geht, ist ein Erbe aus ihrer Zeit. Dem entspricht, dass sich die KMT im Parlament nach wie vor gegen ein Gesetz stemmt, das die Einrichtung einer speziellen Antikorruptionsbehörde ermöglichen soll. (TH, 2.4., 4.4.01; TT, 6.4., 7.4.01; CNAT, nach BBC PF, 6.4.01) -hws-

#### 45 Wirtschaftsaussichten verschlechtern sich, wachsende Erwerbslosigkeit

Das Chung-hua-Institut für Wirtschaftsforschung und das Taiwan-Institut für Wirtschaftsforschung korrigierten ihre Wachstumserwartungen für das laufende Jahr nach unten. Das Chung-hua-Institut erwartet nur noch ein Plus von 4,57%, deutlich weniger als die vorherige Prognose von 5,75%; dabei wurde der korrigierte Wert noch als optimistisch bezeichnet. Das Taiwan Institut erwartet mit 4,75% ein etwas günstigeres Wachstum, doch lag auch dieser Wert einen Prozentpunkt unter den vorherigen Erwartungen vom Januar.

Im Hintergrund stehen mehrere Faktoren: die flauere US-Wirtschaft sorgt für eine schwindende Exportnachfrage auf der Insel, Produktionsverlagerungen aufs Festland führen zu erhöhter Erwerbslosigkeit – die Quote erreichte mit rund 4% im März einen neuen Gipfelwert und soll weiter steigen –, und das dadurch ausgelöste Nachlassen der Nachfrage im Konsumsektor drückt die Wirtschaftsindikatoren weiter nach unten. So lagen die Produktionsziffern im März 4,4% unter dem Vorjahresmonat, und Exportbestellungen gingen um 1,1% zurück. Im ersten Quartal 2001 lagen die Exporte um 3,5% unter dem ersten Quartal des Vorjahres; das entsprechende Minus bei den Einfuhren belief sich auf 10%. Beim privaten Konsum erwartet das Chung-hua-Institut für 2001 noch einen Zuwachs von 3,5%; dies wäre der niedrigste Wert seit 1960.

Mit einer Besserung der Situation wird nicht vor dem dritten Quartal gerechnet. Dann dürften sich auch die von der Regierung bereits beschlossenen Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung auswirken. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass die Struk-

turprobleme der taiwanischen Wirtschaft durch das Infrastrukturinvestitionspaket nicht gelöst werden. Zu denken geben muss insbesondere, dass taiwanische Geschäftsleute das Investitionsklima in China mittlerweile für verlässlicher halten als in der Heimat – zweifellos eine Reaktion auf das unselige Taktieren der Regierung beim Baustopp des vierten Atomkraftwerks. (SCMP, 11.4., 25.4.01; IHT, 24.4.01; WSJ, 11.4., 23.4.01; Xinhua, 25.4.01; TT, 28.4.01; vgl. C.a., 2001/2, Ü 47 u. 50) -hws-